

Bundesamt für Justiz  
Herr Reto Feller  
Bundesrain 20  
3003 Bern

[reto.feller@bj.admin.ch](mailto:reto.feller@bj.admin.ch)

Bern, 16. Oktober 2018 sgv-KI/ak

## **Vernehmlassung: Obligatorisches Referendum für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter**

Sehr geehrter Herr Feller

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit Schreiben vom 15. August 2018 lädt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD ein, zum obligatorischen Referendum für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter Stellung zu nehmen. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Vorlage passierte den Nationalrat einstimmig, den Ständerat mit sehr grossem Mehr. Sie fordert, dass, was landesrechtlich in der Verfassung zu regeln ist, obligatorisch die Zustimmung von Volk und Ständen bedarf. Wird der gleiche Inhalt in einem völkerrechtlichen Vertrag geregelt, so sollte dieser ebenfalls dem obligatorischen Referendum unterstellt sein.

### **Der Schweizerische Gewerbeverband sgv unterstützt die Vorlage.**

Heute unterstehen Verfassungsänderungen dem obligatorischen Referendum und müssen durch Volk und Stände legitimiert werden. Für völkerrechtliche Verträge mit inhaltlich verfassungsmässigem Charakter gilt das nicht. Zwar wird heute das Referendum beim Abschluss von völkerrechtlichen Verträgen mit Verfassungsrang anerkannt. Es ist aber nicht kodifiziert. Eine Kodifizierung schafft Klarheit und Rechtssicherheit.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv unterstützt deshalb die Kodifizierung. Volk und Ständen sollen künftig völkerrechtliche Verträge, deren Umsetzung eine Änderung der Bundesverfassung erfordert oder die bezüglich Bestand der Grundrechte, Bürgerrechte oder politische Rechte; im Verhältnis von Bund und Kantonen oder Zuständigkeiten des Bundes; in der Finanzordnung oder bezüglich Organisation oder Zuständigkeiten der Bundesbehörden Bestimmungen von Verfassungsrang enthalten, zur Abstimmung unterbreitet werden.

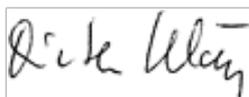
Wir danken für die Berücksichtigung der Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Gewerbeverband sgV**



Hans-Ulrich Bigler  
Direktor, Nationalrat



Dieter Kläy  
Ressortleiter